Leitsätze zum Vortrag: Sorge für Mutter und Kind

Tagung d. Vereins z. Förderung d. Hebammenwesens, Juni 1927

D.	Pulvermacher
----	--------------

Charlottenburg

Durch das Hebammengesetz vom Jahre 1922 mit seinen Ausführungsbestimmungen, Reichs-Jugend-Wohlfahrtsgesetz und Fürsorgepflichtverordnung ist die Frage betreffs der Teilnahme der Hebammen an der Sorge für Mutter und Kind noch nicht geklärt. Als Endziel muß gelten Schaffung von Gesundheitsämtern, deren integrierender Teil der Hebammenstand sein muß, Sozial-beamtinnen (Offenbach a. Rh., Freistadt i. S.). Hierfür ist bereits jetzt notwendig Hebung des Hebammenstandes in sozialer und finanzieller Beziehung. Strenge Aufnahmebedingungen in die Entbindungsanstalten (Einkommen-Richtsätze).

Pulvermacher, Leitsätze zum Vortrag: Sorge für Mutter und Kind. 231

I. Schwangeren-Fürsorge. Weite Verbreitung der Eheberatungsstellen (Go., Lues, Geisteskrankheiten).

a) Ablehnung der Forderung, daß die Säuglingsschwester auch für die Schwangerenfürsorge am geeignetsten sei.

Durch die Ausführungsbestimmungen des § 31 des neuen Hebammengesetzes ist eine Mitbeteiligung der Hebammen bereits geschaffen.

Wo Fürsorgestellen bestehen, Beschäftigung der Hebammen (evtl. in einem Turnus).

Auf dem Lande Zusammenarbeiten mit den Kreisfürsorge-rinnen.

e) Bei versicherten Schwangeren Auszahlung des vollen Lohnes 6 Wochen vor und ebenso lange nach der Entbindung; evtl. Sätze der Arbeitslosenunterstützung. Durch diese Prophylaxe keine Mehrbelastung der Kassen.

II. Säuglingsfürsorge: Die Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit, besonders in den ersten drei Tagen (Lebensschwäche I) ist nur durch intensivste Schwangerenfürsorge zu erreichen.

Die Hebamme hat für den Säugling in den ersten drei Wochen zu sorgen, dann Übergabe an die Säuglingsfürsorge (Vermeidung von Kompetenzkonflikten). Forderung bis zum Ende des ersten Lebensjahres zu hoch gesteckt.

Ausbildung der Hebammen in der Säuglingsfürsorge auf der Säuglingsstation, die jeder Entbindungsanstalt angegliedert werden muß. Unterricht durch den leitenden Arzt oder einen pädiatrisch geschulten Assistenzarzt. Hervorhebung des Stillgeschäftes, Ablehnung von Stillprämien. Verbot der Behandlung kranker Säuglinge. Anweisung über künstliche Ernährung durch den Fürsorgearzt.

Die soziale Stellung des unehelichen Säuglings ist zu verbessern. Der diesbezügliche Gesetzentwurf weist große Mängel auf (Mehrvaterschaft, sog. Aktienkinder). Empfehlung der Klein-adoption ;

Unterricht in der Säuglingspflege obligat; in den Volks-schulen (12. Lebensjahr) oder Fortbildungsschulen. Heranziehung der Hebamme zur praktischen Unterweisung geboten. (Eingeliefert 2. III. 27.)

16*